



**Geschäftsführung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung
und Rechtsfragen / Vergabe /
Internationales**

Frau Siemon

Telefon: (0221) 221 25001

Fax: (0221) 221 22026

E-Mail: anja.Siemon@STADT-KOELN.DE

Datum: 15.12.2021

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales** in der Wahlperiode 2020/2025 am Montag, dem 29.11.2021, 17:00 Uhr bis 18:05 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bernd Petelkau	CDU
Herr Dr. Gerrit Krupp	SPD
Herr Daniel Bauer-Dahm	GRÜNE
Herr Manfred Richter	GRÜNE
Herr Ulrich Wolfgang Müller	SPD
Herr Pascal Pütz	SPD
Herr Werner Marx	CDU
Herr Felix Spehl	CDU
Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE
Herr Volker Görzel	FDP
Herr Lars Müller	Auf Vorschlag von Volt

Beratende Mitglieder

Herr Christer Cremer	AfD
Herr Michael Hock	Die FRAKTION
Frau Sarah Brunner	Auf Vorschlag der Grünen
Herr Axel Sommer	Auf Vorschlag der Grünen
Herr Eli Abeke	Auf Vorschlag der SPD
Herr Cemal Salman	Auf Vorschlag der SPD
Frau Ayfer Sevim	Auf Vorschlag der SPD
Herr Axel Hopfauf	Auf Vorschlag der CDU
Herr Jürgen Schuiszill	CDU

Frau Evrum Evsin Kizilay	Auf Vorschlag der Linken
Herr Sascha Kaldewey	Auf Vorschlag der FDP
Herr Marcel Adolf	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Bernd Tillmann-Gehrken	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Lino Hammer	GRÜNE

Presse

Zuschauer

Herr Sven Casebaum	Begleiter von Herrn Adolf
--------------------	---------------------------

Verwaltung:

Frau Andrea Blome	Stadtdirektorin, Beigeordnete/Dezernentin für das Dezernat I „Allgemeine Verwaltung und Ordnung“
Herr Sören Schilling	I-D1
Herr Dr. Christian Miller	37
Herr Wolfgang Büscher	32
Frau Alessandra Caroli	Dezernat OB
Herr Maik Dick	OB-22
Frau Sabine Mießeler	01-3
Frau Cora Pfafferott	01-3
Herr Claudius Hupprecht	GPR

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Derya Karadag	GRÜNE
Herr Hans Schwanitz	GRÜNE

Beratende Mitglieder

Herr Thomas Hilden	Auf Vorschlag der Grünen
Frau Hevi Kutlay	Auf Vorschlag der Grünen
Herr Aaron Appuhn	Auf Vorschlag der CDU
Frau Nicola Muskatewitz	Auf Vorschlag von Volt
Frau Karin Preugschat	Auf Vorschlag von GUT
Herr Stefan-Lazar Mitu	Auf Vorschlag des Integrationsrates
Herr Alf Spröde	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben Schwule und Transgender

Nach der Eröffnung der Sitzung des AVR und der Begrüßung der Anwesenden durch den Ausschussvorsitzenden trägt er die folgenden Vorschläge der Verwaltung zur Zusetzung in die Tagesordnung im öffentlichen Teil vor:

- 2.1 3610/2021
Tätigkeitsbericht 2021 Büro für Europa und Internationales
- 3.3 3210/2021
Beantwortung einer Anfrage betreffend „Gegen jeden Antisemitismus - Prävention von und Schutz vor Antisemitismus“
- 3.4 3300/2021
Beantwortung einer Anfrage zum Thema sexistische Bedrohung und Gewalt im Netz der FDP-Fraktion (AN/1438/2021)
- 3.5 3827/2021
Beantwortung einer Anfrage betreffend „mündliche Anfrage von Monika Möller (SB) zur zugenommenen Gewaltbereitschaft im Kwartier Latäng“
- 3.6 3564/2021
Beantwortung einer Anfrage gem. §4 der Geschäftsordnung des Rates, AN/2013/2021 der SPD-Fraktion "Entsorgung von Schrottfahrrädern auf Fahrradabstellflächen"
- 3.7 4053/2021
Beantwortung einer Anfrage betreffend „Weiterentwicklung des Betrieblichen Gesundheitsmanagements der Verwaltung“
- 3.8 4078/2021
Beantwortung einer mündlichen Anfrage betreffend Auszählung der Briefwahl bei der Bundestagswahl
- 3.9 3772/2021
Beantwortung der Anfrage zum Bericht über die Entwicklung von Ausreisen und Abschiebungen ausreisepflichtiger Personen im 1.Halbjahr 2021
- 3.10 3839/2021
Beantwortung einer Anfrage Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, CDU Fraktion, Volt Fraktion zu "Bearbeitungsstand und Personalsituation im Ausländeramt" (AN/2199/2021)
- 3.11 3863/2021
Beantwortung einer Anfrage der SPD Fraktion zu "Antragsstau bei den Ausländerämtern in Köln: Werden nun endlich Stellen zugesetzt?" (AN/2200/2021)
- 3.12 4095/2021
Beantwortung von Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates zum Personalbericht 2020 (Session Nr. 3011/2021)
- 3.13 3174/2021

Beantwortung einer mündlichen Anfrage zum Evaluierungsbericht des Sachstandsberichtes der Stadt Köln zum 10-Punkte-Aktionsplan

- 3.14 2890/2021
Sachstand Projekt Personalrisikomanagement
- 4.2 3519/2021/1
Sachstandsbericht Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud, Stand: 5. November 2021
- 4.3 3359/2021
Inklusionsbericht 2020
- Zu 8.1 AN/2578/2021
Änderungsantrag zu 8.1 – Auslastung und Wartezeiten beim Amt für Bürgerdienste und beim Ausländeramt der Stadt Köln
- 8.2 AN/2576/2021
Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, CDU-Fraktion und der Volt-Fraktion betreffend "Handlungsempfehlungen für den Neumarkt"
- 10.12 3380/2021
Feststellung des Wirtschaftsplans der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2022
- 10.13 3848/2021
Änderung der Luftrettungssatzung der Stadt Köln
- 10.14 3849/2021
Änderung der Rettungsdienstsatzung der Stadt Köln

Darüber hinaus benennt er folgende Vorschläge zur Zusetzung für den nichtöffentlichen Teil der Sitzung:

- 18.1 3897/2021
Bedarfsfeststellung über die Möblierung der Neuanmietung Aachener Str. 1042, 50858 Köln im Rahmen des Bezugs durch den Ordnungsdienst der Stadt Köln

Absetzungen von der Tagesordnung sind nicht vorgesehen.

Der Vorsitzende erkundigt sich, ob es seitens der Fraktionen weitere Wünsche bezüglich Zusetzungen und Absetzungen gebe.

MdR Richter bittet darum die Punkte 2.1, 3.13 und 4.3 zurückzustellen. Er weist zudem darauf hin, dass Tagesordnungspunkt 10.7 unter Platzvergaben (9) hätte einsortiert werden müssen. Des Weiteren begründet er die Dringlichkeit des Tagesordnungspunkts 8.2 damit, dass die einzelnen Maßnahmen der Mitteilung 4.1 bereits lau-

fen würden; daher sei es dringlich, den Antrag 8.2 (als begleitende Maßnahme) in der heutigen Sitzung zu beschließen.

Der Vorsitzende lässt über die Dringlichkeit des Antrages und somit über die Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Der Dringlichkeit von Tagesordnungspunkt 8.2 wird einstimmig zugestimmt.

Der Vorsitzende lässt über die so festgelegte Tagesordnung abstimmen.

Der Ausschuss erklärt sich mit der folgenden Tagesordnung einverstanden:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

- 1.1 Netzwerk gegen häusliche Gewalt – Statistik 2020
3655/2021

2 Internationales

- 2.1 Tätigkeitsbericht 2021 Büro für Europa und Internationales
3610/2021

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

- 3.1 Beantwortung zur Anfrage von Herrn Petelkau im HA am 27.09.2021, TOP 7.2 (Neumarkt)
3624/2021
- 3.2 Beantwortung Anfrage der SPD-Fraktion (AN/2202/2021) betreffend "Drogenproblematik am Neumarkt: Echtes Kümern oder nur Schaufensterpolitik"
3733/2021
- 3.3 Beantwortung der Anfrage AN/1150/2021 betreffend "Gegen jeden Antisemitismus - Prävention von und Schutz vor Antisemitismus"
3210/2021
- 3.4 Beantwortung einer Anfrage zum Thema sexistische Bedrohung und Gewalt im Netz der FDP-Fraktion (AN/1438/2021)
3300/2021
- 3.5 Beantwortung einer mündliche Anfrage von Monika Möller (SB) zur zuge-nommenen Gewaltbereitschaft im Kwatier Latäng
3827/2021

- 3.6 Beantwortung der Anfrage AN/2013/2021 der SPD-Fraktion "Entsorgung von Schrottfahrrädern auf Fahrradabstellflächen"
3564/2021
- 3.7 Beantwortung einer Anfrage betreffend "Weiterentwicklung des Betrieblichen Gesundheitsmanagements der Verwaltung"
4053/2021
- 3.8 Beantwortung einer mündlichen Anfrage betreffend "Auszählung der Briefwahl bei der Bundestagswahl"
4078/2021
- 3.9 Beantwortung der Anfrage zum Bericht über die Entwicklung von Ausreisen und Abschiebungen ausreisepflichtiger Personen im 1. Halbjahr 2021,
2669/2021
3772/2021
- 3.10 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der CDU Fraktion, der Volt Fraktion zu Bearbeitungsstand und Personalsituation im Ausländeramt (AN/2199/2021)
3839/2021
- 3.11 Beantwortung einer Anfrage der SPD Fraktion zu "Antragsstau bei den Ausländerämtern in Köln: Werden nun endlich Stellen zugesetzt?"
(AN/2200/2021)
3863/2021
- 3.12 Beantwortung von Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates zum Personalbericht 2020 (Session Nr. 3011/2021)
4095/2021
- 3.13 Beantwortung einer mündlichen Anfrage zum Evaluierungsbericht des Sachstandsberichtes der Stadt Köln zum 10-Punkte-Aktionsplan
3174/2021
- 3.14 Beantwortung einer Anfrage betreffend "Sachstand Projekt Personalrisikomanagement"
2890/2021
- 4 Mitteilungen der Verwaltung**
- 4.1 Fachkreis für Plätze mit besonderem Handlungsbedarf
3686/2021
- 4.2 Sachstandsbericht Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud, Stand: 5. November 2021
3519/2021/1

4.3 Inklusionsbericht 2020
3359/2021

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

6 Schriftliche Anfragen

6.1 Offene Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

6.1.1 Anfrage der Bündnis 90/Die Grünen, der CDU-Fraktion und der Volt Fraktion betreffend "Bearbeitungsstand und Personalsituation im Ausländeramt"
AN/2199/2021

Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Antragsstau bei den Ausländerämtern in Köln: Werden nun endlich Stellen zugewiesen?"
AN/2200/2021

6.1.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Drogenproblematik am Neumarkt: Echtes Kümern oder nur Schaufensterpolitik?"
AN/2202/2021

6.2 Neue Anfragen

6.2.1 Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen, der CDU-Fraktion und der Volt Fraktion betreffend "Handeln der Verwaltung im Hinblick auf die StVO Novelle"
AN/2473/2021

7 Mündliche Anfragen

7.1 mündliche Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen, der CDU-Fraktion und der Volt-Fraktion betreffend "Silvesterfeuerwerk 2021/2022"

7.2 mündliche Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Maskenpflicht in der Innenstadt"

8 Anträge

8.1 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Auslastung und Wartezeiten bei dem Amt für Bürgerdienste und dem Ausländeramt der Stadt Köln"
AN/2469/2021

Änderungsantrag zu 8.1 – Auslastung und Wartezeiten beim Amt für Bürgerdienste und beim Ausländeramt der Stadt Köln
AN/2578/2021

8.2 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, CDU-Fraktion und der Volt-Fraktion betreffend "Handlungsempfehlungen für den Neumarkt"
AN/2576/2021

9 Platzvergaben

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Neueinteilung und Umbenennung der Stadtteile in der linksrheinischen Innenstadt
Beauftragung der Verwaltung zur Erstellung eines Vorschlags und einer entsprechenden Ratsvorlage durch Ratsbeschluss vom 12.12.2019
1094/2021

10.2 Zügigkeitserweiterung der Lise-Meitner-Gesamtschule, Stresemannstraße 36 in Köln-Finkenbergrum zum Schuljahr 2022/23 nach § 81 Absatz 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen
2500/2021

10.3 2. Controlling-Bericht: Diversity-Konzept "2020: Köln l(i)ebt Vielfalt"
3112/2021

10.4 Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Köln
3170/2021

10.5 9. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren
3199/2021

10.6 Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln
3200/2021

10.7 Genehmigung für die Durchführung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das 1. Halbjahr 2022
3291/2021

10.8 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der Beihilfekasse der Stadt Köln 2020
3379/2021

10.9 Externe Unterstützung für den Aufbau eines Innovationsbüros
3616/2021

10.10 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB Köln): Abwassergebührensatzung 2022
3968/2021

- 10.11 Änderung zur rückwirkenden Änderungssatzung der Straßenreinigungssatzung
3648/2021
- 10.12 Feststellung des Wirtschaftsplans der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2022
3380/2021
- 10.13 Änderung der Luftrettungssatzung der Stadt Köln
3848/2021
- 10.14 Änderung der Rettungsdienstsatzung der Stadt Köln
3849/2021

11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

II. Nichtöffentlicher Teil

12 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

13 Mitteilungen der Verwaltung

14 Schriftliche Anfragen

15 Mündliche Anfragen

16 Anträge

17 Allgemeine Vorlagen

- 17.1 Bedarfsfeststellung für die Wartung, Eichunterstützung und Instandsetzung von stationären und mobilen Geschwindigkeitsmessanlagen
3281/2021

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

- 18.1 Bedarfsfeststellung über die Möblierung der Neuanmietung Aachener Str. 1042, 50858 Köln im Rahmen des Bezugs durch den Ordnungsdienst der Stadt Köln
3897/2021

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1.1 Netzwerk gegen häusliche Gewalt – Statistik 2020 3655/2021

MdR Dr. Krupp erkundigt sich, ob es einen Plan gebe, ob und wann das 3. Frauenhaus eröffnet werde.

MdR Cremer erkundigt sich, ob erfasst werde, welche Täter mit einer deutschen Staatsangehörigkeit zusätzlich eine doppelte Staatsbürgerschaft besäßen und um welche Staatsangehörigkeiten es sich handele.

Der Ausschussvorsitzende sagt eine Beantwortung der Nachfragen im Nachgang zu.
Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

2 Internationales

2.1 Tätigkeitsbericht 2021 Büro für Europa und Internationales 3610/2021

Die Vorlage wird zurückgestellt.

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

3.1 Beantwortung zur Anfrage von Herrn Petelkau im HA am 27.09.2021, TOP 7.2 (Neumarkt) 3624/2021

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

3.2 Beantwortung Anfrage der SPD-Fraktion (AN/2202/2021) betreffend "Drogenproblematik am Neumarkt: Echtes Kümmern oder nur Schau- fensterpolitik" 3733/2021

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

3.3 Beantwortung der Anfrage AN/1150/2021 betreffend "Gegen jeden Anti- semitismus - Prävention von und Schutz vor Antisemitismus" 3210/2021

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**3.4 Beantwortung einer Anfrage zum Thema sexistische Bedrohung und Gewalt im Netz der FDP-Fraktion (AN/1438/2021)
3300/2021**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**3.5 Beantwortung einer mündliche Anfrage von Monika Möller (SB) zur zugenommenen Gewaltbereitschaft im Kwatier Latäng
3827/2021**

Die Vorlage wird zurückgestellt.

**3.6 Beantwortung der Anfrage AN/2013/2021 der SPD-Fraktion "Entsorgung von Schrottfahrrädern auf Fahrradabstellflächen"
3564/2021**

Die Vorlage wird zurückgestellt.

**3.7 Beantwortung einer Anfrage betreffend "Weiterentwicklung des Betrieblichen Gesundheitsmanagements der Verwaltung"
4053/2021**

MdR Görzel lobt die ausführliche Beantwortung von Fragen aus der Sitzung.

Der Vorsitzende ergänzt, dass die schriftlichen Beantwortungen durchaus ausführlicher seien, dennoch sei es (abseits der Pandemie) dahingehend effizienter, dass die Beantwortungen wieder unmittelbar in der Sitzung stattfänden.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**3.8 Beantwortung einer mündlichen Anfrage betreffend "Auszählung der Briefwahl bei der Bundestagswahl"
4078/2021**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**3.9 Beantwortung der Anfrage zum Bericht über die Entwicklung von Ausreisen und Abschiebungen ausreisepflichtiger Personen im 1. Halbjahr 2021, 2669/2021
3772/2021**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**3.10 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der CDU Fraktion, der Volt Fraktion zu Bearbeitungsstand und Personalsituation im Ausländeramt (AN/2199/2021)
3839/2021**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**3.11 Beantwortung einer Anfrage der SPD Fraktion zu "Antragsstau bei den Ausländerämtern in Köln: Werden nun endlich Stellen zugewetzt?" (AN/2200/2021)
3863/2021**

MdR Dr. Krupp bittet darum, die Vorlage zurückzustellen.

Die Vorlage wird zurückgestellt.

**3.12 Beantwortung von Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates zum Personalbericht 2020 (Session Nr. 3011/2021)
4095/2021**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**3.13 Beantwortung einer mündlichen Anfrage zum Evaluierungsbericht des Sachstandsberichtes der Stadt Köln zum 10-Punkte-Aktionsplan
3174/2021**

Die Vorlage wird zurückgestellt.

**3.14 Beantwortung einer Anfrage betreffend "Sachstand Projekt Personalrisikomanagement"
2890/2021**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

4 Mitteilungen der Verwaltung

**4.1 Fachkreis für Plätze mit besonderem Handlungsbedarf
3686/2021**

MdR Richter teilt mit, dass die Fraktion Bündnis90/Die Grünen, die CDU-Fraktion und die Volt-Fraktion dazu einen Antrag unter Tagesordnungspunkt 8.2 vorstellen werden.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**4.2 Sachstandsbericht Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud, Stand: 5. November 2021
3519/2021/1**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**4.3 Inklusionsbericht 2020
3359/2021**

Die Vorlage wird zurückgestellt.

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

6 Schriftliche Anfragen

6.1 Offene Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

6.1.1 Anfrage der Bündnis 90/Die Grünen, der CDU-Fraktion und der Volt Fraktion betreffend "Bearbeitungsstand und Personalsituation im Ausländeramt" AN/2199/2021

Die Anfrage ist erledigt.

Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Antragsstau bei den Ausländerämtern in Köln: Werden nun endlich Stellen zugesetzt?" AN/2200/2021

Die Anfrage ist zurückgestellt.

6.1.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Drogenproblematik am Neumarkt: Echtes Kümmern oder nur Schaufensterpolitik?" AN/2202/2021

Die Anfrage ist erledigt.

6.2 Neue Anfragen

6.2.1 Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen, der CDU-Fraktion und der Volt Fraktion betreffend "Handeln der Verwaltung im Hinblick auf die StVO Novelle" AN/2473/2021

Die Anfrage ist zurückgestellt.

7 Mündliche Anfragen

7.1 mündliche Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen, der CDU-Fraktion und der Volt-Fraktion betreffend "Silvesterfeuerwerk 2021/2022"

1. Darstellung folgender Sachverhalte im Zusammenhang mit dem Abbrennen des Feuerwerks zum Jahreswechsel 2021/22 in Köln:
 - (a) Alle Verletzungen
 - (b) Rettungseinsätze
 - (c) Einsätze von Ordnungsamt und Polizei
 - (d) Müllaufkommen

2. Sind klare räumliche Abgrenzungen für eine Feuerwerksverbotszone (z.B. Bezirk Innenstadt) möglich?
3. Könnte die Verwaltung dem Ausschuss eine Karte für die gesamte Stadt zur Verfügung stellen, in der rechtlich mögliche Verbote für privates Feuerwerk eingezeichnet sind:
 - (a) Verbot des Abbrennens von pyrotechnischen Gegenständen in einem Radius von 200 m um alle Kirchen, Krankenhäuser, Kinder- und Altenheime (sowie besonders brandempfindliche Gebäude oder Anlagen).
 - (b) Verbot von Feuerwerk im Abstand von 100 m von Wald oder Naturschutzgebieten.

Begründung:

Insbesondere privates Feuerwerk hat zahlreiche negative Auswirkungen, die einer Regulierung bedürfen.

Verletzungen

Laut der Deutschen Gesellschaft für Orthopädie und Unfallchirurgie (DGOU) verletzen sich an keinem anderen Tag im Jahr ähnlich viele Menschen wie an Silvester. Typische Verletzungen sind abgetrennte Finger, Verbrennungen und Brüche. Daneben sind auch Verletzungen im Gesicht und der Augen häufig.

60% der Verletzten sind dabei Unbeteiligte, die von Feuerwerkskörpern getroffen werden,

40% der Verletzten sind Jugendliche

Müllaufkommen

Allein in München hat die Straßenreinigung 2019 rund 70 Tonnen Silvestermüll ermittelt.

Feinstaub

2050 Tonnen Feinstaub (UBA) werden jährlich durch Feuerwerk in Deutschland freigesetzt.

Die entspricht etwa 1 % der Gesamtmenge des Feinstaubes in Deutschland!

Herstellung

Feuerwerk wird häufig in Kinderarbeit in Ländern des globalen Südens hergestellt. Die Arbeitsbedingungen sind lebensgefährlich. So werden in Indien, dem zweitgrößten Herstellerland, die Sprengkörper überwiegend in Heimarbeit angefertigt.

Allein in Indien starben 2014 mindestens 27 Menschen bei Explosionen von Feuerwerksfabriken.

2013 gingen weltweit mindestens acht Fabriken in die Luft: in China (3), Indien (2), Italien, Kanada und Vietnam. Dabei starben mindestens 48 Menschen.

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung der Nachfragen im Nachgang zu.

7.2 mündliche Anfrage der AfD-Fraktion betreffend " Maskenpflicht in der Innenstadt"

MdR Cremer erkundigt sich, nach seinen Anfragen aus der letzten Sitzung zum Thema „Kölnberg“ und „Anzahl der Beantragungen zum Muezzin-Ruf“ und bittet um dessen Beantwortung.

Zudem erkundigt er sich, aus welchen Gründen in der Innenstadt zur Maskentragepflicht aufgerufen worden sei, wenn Aerosolforscher doch nachgewiesen hätten, dass im Freien keine Ansteckungsgefahr bestünde.

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung der Nachfragen im Nachgang zu.

8 Anträge

8.1 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Auslastung und Wartezeiten bei dem Amt für Bürgerdienste und dem Ausländeramt der Stadt Köln" AN/2469/2021

Nach einem Austausch zwischen FDP und SPD wird dem Änderungsantrag durch die FDP zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Es wird über den Änderungsantrag der SPD abgestimmt.

Änderungsantrag zu 8.1 – Auslastung und Wartezeiten beim Amt für Bürgerdienste und beim Ausländeramt der Stadt Köln AN/2578/2021

MdR Görzel bedankt sich für das Wort und teilt mit, dass – abgesehen von den Ausländerämtern – auch andere Ämter es nicht schaffen würden, ihren Verpflichtungen nachzugehen; dies führe zum Unmut der Bürgerinnen und Bürger und sei der Anlass für den Antrag mit dem Wunsch nach regelmäßigen Berichten in den Folgesitzungen. Der Änderungsantrag der SPD werde gerne im Wesentlichen übernommen. Ein Punkt sei dennoch anzumerken: Ziffer 4 solle die Bereiche aufnehmen, die im Ursprungsantrag unter Ziffer 2 dezidiert aufgeführt seien (Einwohnerwesen, Kfz-Zulassungsstelle und das Standesamt).

MdR Dr. Krupp teilt mit, dass er das Thema für sehr wichtig halte. Dennoch sei mit einer Berichterstattung keinem geholfen. Er halte die Personalzusetzungen für ein wichtiges Instrument, welches aus dem Stellenplan (252 Stellen) hervorgehe. Er schlägt vor, die Berichterstattung quartalsweise erfolgen zu lassen.

MdR Görzel bestätigt die Änderungen.

Frau Stadtdirektorin Blome führt aus, dass sich die Verwaltung der Herausforderung bewusst sei und dem bereits mit Hochdruck hieran arbeite. Die im letzten Lockdown entstandenen Rückstände hätten aufgearbeitet werden müssen. Sie erklärt, dass alle Terminstränge seitens der Bürgersdienste überbucht werden würden, da ungefähr 14% der Termine nicht eingehalten werden würden. Um dem entgegen zu wirken, werden die Bürgerinnen und Bürger zweimal per Mail an den Termin erinnert. Zudem gebe es die Möglichkeit, freie Termine im System einzusehen und zu buchen. Am Standort Dillenburger Straße sei Ende Juni/ Anfang Juli eine temporäre Pass- und

Meldestelle eröffnet worden. Dort seien zusätzlich 800 Termine pro Woche angeboten worden. Des Weiteren seien Kurzanliegen-Schalter eingerichtet worden. 25 % aller Fallzahlen hätten an diesem Schalter abgearbeitet werden können. Momentan seien 171 Sollstellen besetzt und es gebe eine unterdurchschnittliche Vakanz von 5,66%. Ein besonderes Augenmerk liege darauf, wie hoch die Fallzahlen sind und wie sich die Stellenbemessung dazu verhalte. Die Kundenzentren seien räumlich so gestaltet, dass nicht unbegrenzt Personal nachgesteuert werden könne.

In der Ausländerbehörde werde mittlerweile an ablaufende Dokumente der Bürgerinnen und Bürger erinnert, sodass Anträge rechtzeitig neu beantragt werden. Termine stünden bis zu 60 Tage im Voraus zur Verfügung und abgesagte Termine seien sofort wieder buchbar. Durch personelle Nachsteuerung und die kaskadierende Personaleinsatzplanung habe sich die telefonische Erreichbarkeit bereits deutlich verbessert. ungefähr 10% der Stellen seien vakant. Die kaskadierende Personalplanung müsse allerdings derzeit vorrangig im Gesundheitsamt eingesetzt werden, um die Kontaktnachverfolgung der Corona-Krise gewährleisten zu können.

MdR Richter bedankt sich für die Ausführungen und teilt mit, dass der Mehraufwand an Bürokratie für die Berichte, die die Verwaltung erstellen soll, nicht als eine sinnvolle Maßnahme angesehen werde. Dies sei keine Unterstützung, um das Problem beheben zu können. Da mittlerweile seitens der Verwaltung umfänglich an Verbesserungen gearbeitet werde, sei es sinnvoller den Prozess zu begleiten. Daher werde der Antrag abgelehnt.

MdR Spehl bedankt sich für die Ausführungen und Maßnahmen, die bereits ergriffen worden seien, um dem Missstand abzuhelpfen. Es seien gute Konzepte, die derzeit erarbeitet werden würden. Da der Fokus darauf gesetzt werden solle, das Problem zu beheben und die Verwaltung zu unterstützen, anstatt einzugreifen und Berichte zu verlangen, werde der Antrag abgelehnt.

MdR Tokyürek teilt mit, dass die Anträge aufgrund der vielen Anfragen und dem verbreiteten Unmut der Bürgerinnen und Bürger sinnvoll seien. Zunächst müsse umgesetzt werden, die 10 % der vakanten Stellen zu besetzen. Sie stelle fest, dass die Bewerberlage nicht so gut sei und dass es Maßnahmen geben müsse, um mehr Bewerbungen für diesen Bereich zu bekommen. Zudem erkundigt sie sich, ob es möglich sei, eine offene Eingangszone (unter Corona-Bedingungen) einzurichten, da für viele Bürger*innen der persönliche Kontakt notwendig sei, um zu verstehen, was passieren könne, wenn die Anträge nicht rechtzeitig eingereicht werden. Ein Bericht für den Ausschuss sei wünschenswert, um zu erfahren, wie es voran gehe, und um Fragen der Stadtgesellschaft in der Fraktion beantworten zu können.

Frau Stadtdirektorin Blome stimmt Frau Tokyürek zu, die vakanten Stellen zunächst zu besetzen. Das Amt für Personal und Verwaltungsmanagement habe den Auftrag, anhand der Fallzahlen organisatorisch zu schauen, wie die Stellenverteilung sich verhalte und ob die Besetzung der Bezirksausländerämter noch adäquat sei. Zudem müsse nach weiteren Möglichkeiten geschaut werden, um den Rückstand aufzuarbeiten. Eine offene Eingangszone könne so nicht vertreten werden, da aufgrund der früheren Erfahrung ansonsten zu viele Menschen vor Ort seien. Viele würden nicht verstehen, dass zunächst Unterlagen ausgefüllt und mitgebracht werden müssen, bevor sie vorsprechen können; dies hätte zur Folge dass viele Kunden/Kundinnen wieder weggeschickt werden, nachdem sie bereits über Stunden gewartet hätten. Zudem müsse der Schutz der Mitarbeitenden in Corona-Zeiten berücksichtigt werden. Denn eine höhere Krankenquote bei den Mitarbeitenden werde zu größeren Problemen führen.

MdR Dr. Krupp teilt mit, dass bezüglich der Bürgerämter keine Rede von vakanten Stellen gewesen sei. Die offenen Eingangszonen unter Pandemiebedingungen zu unterlassen, sei richtig; dennoch habe es in der Zeit, als es noch Eingangszonen gegeben habe, keine so hohe Beschwerdelage gegeben, wie das jetzt der Fall sei. Im Stellenplan sei ein Pool von 252 Stellen beschlossen worden mit dem Vermerk, dass auch für besondere Situationen Stellen zu berücksichtigen seien. Er halte diese Situation aufgrund der Beschwerdelage für genau solch einen Fall und plädiert dafür, dass Stellen zusätzlich hinzugefügt werden müssen.

Der Vorsitzende lässt über den Änderungsantrag abstimmen.

Beschluss:

Der Beschluss wird wie folgt geändert:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Personalschlüssel beim Amt für Bürgerdienste und den Bezirksausländerämtern dauerhaft bedarfsgerecht und serviceorientiert anzupassen. Die erforderlichen Stellen sollen durch Umschichtungen des in der Ratssitzung am 09.11.2021 beschlossenen Stellenplans 2022 erfolgen. Dies ermöglicht z. B. die Inanspruchnahme des zentralen Mehrstellenkontingents.

Um die erhöhte Auftragslage beim Amt für Bürgerdienste und den Bezirksausländerämtern zeitnah zu bedienen, sollen kurzfristige Möglichkeiten ausgelotet werden, ob Mitarbeiter*innen aus anderen Dienststellen aushelfen können.

Die Verwaltung wird aufgefordert, die verlässliche Erreichbarkeit des Ausländeramtes und der Bezirksausländerämter sicherzustellen. Dies kann unter den Bedingungen der Corona-Pandemie z. B. über eine sogenannte „offene Eingangszone“ erfolgen. Dort sollten – natürlich unter Beachtung der Hygieneschutzmaßnahmen – Kund*innen der Behörden persönlich Kontakt herstellen oder Unterlagen beweissicher einreichen können.

Dem AVR soll ein Bericht über den Rückstandsabbau und weitere Maßnahmen zur Beseitigung der Probleme (lange Bearbeitungszeiten, langes Warten auf Termine, Erreichbarkeit, Auslastung usw.) der betreffenden Ämter im Frühjahr 2022 vorgelegt werden.

Das Dezernat VI wird gebeten, dem AVR eine Bestandsaufnahme der zur Verfügung stehenden städtischen Dienstgebäude und Räumlichkeiten vorzulegen und zu erläutern, wie dem zukünftig weiter wachsenden Bedarf an Arbeitsplätzen für das städtische Personal begegnet werden soll.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP und der SPD abgelehnt.

8.2 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, CDU-Fraktion und der Volt-Fraktion betreffend "Handlungsempfehlungen für den Neumarkt" AN/2576/2021

MdR Richter teilt mit, dass die Mitteilung (Tagesordnungspunkt 4.1) und der (Begleit-) Antrag (Tagesordnungspunkt 8.2) zusammen besprochen werden. Der Fokus in den Diskussionen um die Innenstadtplätze werde zu stark auf Suchterkrankte, Obdachlose oder Wohnungssuchende gerichtet. Auch die Pandemie und das Zurückfahren verschiedener Veranstaltungen hätten dazu geführt, dass sich das Platzgeschehen verändert habe. Der Tagesordnungspunkt 8.2 beinhalte zusätzliche Handlungsempfehlungen.

lungen (speziell für den Neumarkt). Die städtischen Anlaufstellen sollen von allen nutzbar sein. Sozialarbeiter*innen sollen mehr als zwei Stunden vor Ort eingesetzt werden. Bei größeren Veranstaltungen wie zum Beispiel ein Wochenmarkt sollen diese dem AVR zur Entscheidung vorgelegt werden, da dies Auswirkungen auf das Vergabekonzept der Innenstadtplätze habe.

MdR Spehl lobt das Konzept der Verwaltung. Die Situation am Neumarkt sei derzeit nicht tragbar. Für einen Großteil der Gesellschaft sei es dort sehr unbehaglich. Der Dringlichkeitsantrag solle die Maßnahmen der Mitteilung ergänzen und unterstützen.

Herr Müller bittet um Entschuldigung, dass der Antrag so kurzfristig eingereicht worden sei. Das Konzept für den Neumarkt solle mit dem Antrag unterstützt werden und als Vorbild für andere Plätze in Köln dienen. Es sei wichtig, dass die Fertigstellung des Drogenkonsumraums Priorität habe. Drogensucht müsste als medizinisches Problem anerkannt und ernstgenommen werden. Insofern sei in diesem Fall nicht die Polizei hilfreich, sondern psychosoziale Hilfe notwendig. Ziel sei es, den Neumarkt als eine Anlaufstelle für Touristen attraktiv zu machen.

MdR Krupp teilt mit, dass die Dringlichkeit des Antrages kritisch gesehen werde. Es sei sinnvoller gewesen, sich zuerst mit den Beteiligten des Sozial- und Gesundheitswesens auszutauschen; dies sei in dieser Kurzfristigkeit allerdings nicht möglich gewesen. Dennoch werde das Thema als enorm wichtig betrachtet. Es sei gewünscht, die Vorlage mit in den Rat mitzunehmen, um das Sozial- und Gesundheitswesens beteiligen zu können. Sollte die Vorlage mit unbedingtem Wille beschlossen werden, werde dem Antrag zugestimmt.

MdR Tokyürek teilt mit, dass dem Dringlichkeitsantrag zugestimmt werde. Die psychosoziale Betreuung und die Sitz- und Aufenthaltsmöglichkeiten für alle werden als gute Richtung zur Verbesserung in dem Bereich empfunden.

MdR Bauer-Dahm teilt mit, dass die Vorlage bereits im Sozialausschuss behandelt worden sei. Hier habe es bereits viele Nachfragen gegeben. Damit möglichst schnell Sozialarbeiter*innen vor Ort sein können, sei sehr daran gelegen, die Vorlage möglichst zeitnah zu beschließen.

MdR Görzel teilt mit, dass die Kurzfristigkeit ebenfalls als ungünstig empfunden werde; wünschenswert sei die Vorlage mit in den Rat zu nehmen, um das Konzept umfangreicher beleuchten zu können und eine breite Diskussion zu ermöglichen. Dennoch werde bei einer heutigen Abstimmung dem Antrag zugestimmt.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen

Beschluss:

Der AVR nimmt die Mitteilungsvorlage 3686/2021 „Fachkreis für Plätze mit besonderem Handlungsbedarf“ zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt, für das bereits begonnene Maßnahmenpaket „Lokale Agenda“ einen Projektplan mit Meilensteinplanung vorzulegen. Dabei sind folgende Punkte zusätzlich zu berücksichtigen:

- Es werden Vorschläge zur Verbesserung der Sitz- und Aufenthaltsmöglichkeiten dargestellt
- Unter Einbezug der bereits vorhandenen städtischen Anlaufstellen muss darauf geachtet werden, dass Wohnungslose, Obdachlose und Suchtkranke ein

Aufenthaltsangebot erhalten. Der Neumarkt muss auch weiterhin von allen Bevölkerungsgruppen genutzt werden können.

- Die Kümmer*innen werden nach Möglichkeit ganztägig durch Sozialarbeiter*innen und Streetworker*innen ergänzt, damit die Anlaufstelle für alle, also auch die Wohnungslosen, Obdachlosen und Suchtkranken zur Verfügung steht. Die Sozialarbeiter*innen sollen auch die psychosoziale Betreuung der Hilfsbedürftigen übernehmen können und auch aufsuchend tätig sein.
- Die unterjährige Nutzung des Neumarkts von rund 150 Tagen/Jahr nach dem Vergabekonzept für Innenstadtplätze soll bei der Maßnahmenarbeit berücksichtigt werden. Etwaige zusätzliche Nutzungen sind dem AVR zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird einstimmig beschlossen.

9 Platzvergaben

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Neueinteilung und Umbenennung der Stadtteile in der linksrheinischen Innenstadt Beauftragung der Verwaltung zur Erstellung eines Vorschlags und einer entsprechenden Ratsvorlage durch Ratsbeschluss vom 12.12.2019 1094/2021

MdR Richter bittet darum, die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu überführen.

Beschluss:

1. Der Rat nimmt den Entwurf für die Änderung der Stadtteile der linksrheinischen Innenstadt (Anlage 1) zur Kenntnis.
2. Die bisherige administrative Gliederung der Stadtteile in der linksrheinischen Innenstadt wird beibehalten.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung, Konzepte und Maßnahmen zur Steigerung der Wahrnehmung der historischen Veedel zu prüfen und für geeignete Maßnahmen eigenständige Beschlussvorlagen vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

10.2 Zügigkeitserweiterung der Lise-Meitner-Gesamtschule, Stresemannstraße 36 in Köln-Finkenbergring zum Schuljahr 2022/23 nach § 81 Absatz 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen 2500/2021

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen (SchulG NRW), die Zügigkeitserweiterung der Lise-Meitner-Gesamtschule, Stresemannstraße 36, 51149 Köln-Finkenbergr, unter Nutzung von Schulraumkapazitäten des benachbarten Schulstandortes Stresemannstraße 15 (ehemals Finkenbergrschule) um zwei Züge von 6 auf 8 Züge in der Sekundarstufe I und um einen Zug von 4 auf 5 Züge in der Sekundarstufe II zum Schuljahr 2022/23. Die beiden Standorte befinden sich in unmittelbarer Nachbarschaft, sozusagen auf einem „Schulcampus“. Der Beschluss soll ab dem Schuljahr 2022/23 umgesetzt werden.

Es handelt sich hierbei ausschließlich um den Beschluss zur schulrechtlichen Änderung der Zügigkeit. Die Thematik Schulhausmeister, -sekretariat, -sozialarbeiter sowie die Einrichtung der Schule in gesonderter Form durch die zuständigen Gremien werden nachgelagert beschlossen.

2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung des Beschlusses zu stellen.
3. Die sofortige Vollziehung des Beschlusses wird gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 Verwaltungsgerichtsordnung angeordnet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.3 2. Controlling-Bericht: Diversity-Konzept "2020: Köln l(i)ebt Vielfalt" 3112/2021

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat nimmt den vorliegenden 2. Controlling-Bericht (2018 - 2021) des Diversity-Konzeptes „2020: Köln l(i)ebt Vielfalt“ zur Kenntnis.
2. Der Rat beschließt vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung,
 - a. dass die aus dem Controlling-Bericht als priorisierte Maßnahme „Diversity Check – Ist-Analyse“ im Haushaltsjahr 2022 umgesetzt wird.
 - b. dass die Ergebnisse der Analyse sowie daraus abgeleitete Handlungsempfehlungen dem Rat der Stadt Köln nach Abschluss der Erhebung vorzulegen sind.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.4 Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Köln 3170/2021

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Köln in der in Anlage 2 beigefügten Fassung.

Die Verwaltung wird ermächtigt, nach Inkrafttreten des Kreislaufwirtschaftsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen die Präambeln der Abfallsatzung ohne erneuten Ratsbeschluss durch öffentliche Bekanntmachung an die aktuelle Rechtslage anzupassen, sofern sich keine inhaltlichen Änderungen ergeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.5 9. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren
3199/2021**

Der Vorsitzende lässt über die Fassung aus dem Betriebsausschuss abstimmen.

I. Beschluss über die Änderung des Betriebsausschusses Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln:

In Anlage 5 Satzungstext wird die Auflistung für den Stadtbezirk 3 wie folgt ergänzt:
Das wöchentliche Reinigungsintervall für den Stadtwaldgürtel wird von 3 x auf 2 x herabgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

II. Abstimmung über die so geänderter Beschlussvorlage:

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die 9. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung der Straßenreinigungsgebühren in der in Anlage 5 beigefügten Fassung **mit folgender Änderung:**

In Anlage 5 Satzungstext wird die Auflistung für den Stadtbezirk 3 wie folgt ergänzt:

Das wöchentliche Reinigungsintervall für den Stadtwaldgürtel wird von 3 x auf 2 x herabgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion Die Linke zugestimmt.

**10.6 Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln
3200/2021**

Herr Hock erkundigt sich, was mit dem Begriff „Eigenkompostierabschlag“ gemeint sei. Er regt an, dass 20 Anträge im letzten Jahr etwas wenig seien und ob man an prominenterer Stelle mehr darauf aufmerksam machen könne.

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die Satzung über die Abfallgebühren der Stadt Köln in der in der Anlage 4 beigefügten Fassung.

Die Verwaltung wird ermächtigt, nach Inkrafttreten des Kreislaufwirtschaftsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen die Präambeln der Abfall- und Abfallgebührensatzung ohne erneuten Ratsbeschluss durch öffentliche Bekanntmachung an die aktuelle Rechtslage anzupassen, sofern sich keine inhaltlichen Änderungen ergeben.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion Die Linke zugestimmt.

10.7 Genehmigung für die Durchführung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das 1. Halbjahr 2022 3291/2021

Der Vorsitzende regt an, das Platzkonzept auf weitere Plätze (wie zum Beispiel den Friesenplatz) auszuweiten.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Genehmigungen für Veranstaltungen im 1. Halbjahr 2022
 - a. den zentralen Innenstadtplatz Neumarkt für die Durchführung
 - der Karnevalskirmes vom 27.02. – 01.03.2022 (incl. Auf- und Abbauzeiten 26.02. – 04.03.2022)
 - des Gastspiels des Circus Roncalli 07.04. – 22.05.2022 (incl. Auf- und Abbauzeiten 30.03. – 25.05.2022)
 - des ING 3x3 Köln Masters 2022 vom 03.06. – 06.06. (incl. Auf- und Abbauzeiten 01.06. – 08.06.2022)
 - der Barbecue Convention vom 10. – 11.06.2022 (incl. Auf- und Abbauzeiten 08.06. – 12.06.2022) undden jeweiligen Veranstaltern zur Verfügung zu stellen, sofern die zum jeweiligen Veranstaltungszeitpunkt geltenden aktuellen Vorgaben/Maßnahmen zur CoronaSchVO die Durchführung der geplanten Veranstaltungen zulassen.
 - b. den zentralen Innenstadtplatz Rudolfplatz für die Durchführung
 - des Antik- und Designmarktes vom 08.04. – 10.04.2022 (incl. Auf- und Abbauzeiten 07.04. – 10.04.2022) und
 - der Polis Mobility Stadtentwicklungsmesse vom 18. – 21.05.2022 (incl. Auf- und Abbauzeiten 13. – 22.05.2022)
 - des 100. Jubiläums der Volksbühne Köln am 26.06.2022 (incl. Auf- und Abbauzeiten 24. – 26.06.2022)den jeweiligen Veranstaltern zur Verfügung zu stellen, sofern die zum jeweiligen Veranstaltungszeitpunkt geltenden aktuellen Vorgaben/Maßnahmen zur CoronaSchVO die Durchführung der geplanten Veranstaltungen zulassen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, im Vorgriff auf die Veranstaltungen im 2. Halbjahr 2022
 - a. den zentralen Innenstadtplatz Neumarkt für die Durchführung

- des Gamescom-City-Festivals vom 26. – 28.08.2022 (incl. Auf- und Abbauzeiten vom 22. – 30.08.2022)
 - des Antik- und Designmarktes vom 02.09. – 04.09.2022 (incl. Auf- und Abbauzeiten 01.09. – 04.09.2022),
 - der Informationsveranstaltung des Salzkammerguts vom 15. – 18.09.2022 (incl. Auf- und Abbauzeiten vom 10. – 20.09.2022)
 - der Side Events Köln Marathon vom 30.09. – 02.10.2022 (incl. Auf- und Abbauzeiten vom 26.09. – 04.10.2022)
- den jeweiligen Veranstaltern zur Verfügung zu stellen, sofern die zum jeweiligen Veranstaltungszeitpunkt geltenden aktuellen Vorgaben/Maßnahmen zur CoronaSchVO die Durchführung der geplanten Veranstaltungen zulassen.
- b. den zentralen Innenstadtplatz Rudolfplatz für die Durchführung
- des Antik- und Designmarktes vom 19. – 21.08.2022 (incl. Auf- und Abbauzeiten vom 18. – 21.08.2022)
 - des Gamescom-City-Festivals vom 26. – 28.08.2022 (incl. Auf- und Abbauzeiten vom 22. – 30.08.2022)
- den jeweiligen Veranstaltern zur Verfügung zu stellen, sofern die zum jeweiligen Veranstaltungszeitpunkt geltenden aktuellen Vorgaben/Maßnahmen zur CoronaSchVO die Durchführung der geplanten Veranstaltungen zulassen.
- c. den zentralen Innenstadtplatz Roncalliplatz für die Durchführung
- des Festivals der Legenden IV, Weltstars auf dem Roncalliplatz vom 27.07. – 30.07.2022 (incl. Auf- und Abbauzeiten vom 25.07. – 01.08.2022)
 - der Jubiläumskonzerte „Bläck Fööss 50+2“ vom 19. – 21.08.2022 (incl. Auf- und Abbauzeiten vom 15. – 24.08.2022) und
 - den Fußballinklusionstagen vom 16. – 18.09.2022 (incl. Auf- und Abbauzeiten 15. – 20.09.2022)
- den jeweiligen Veranstaltern zur Verfügung zu stellen, sofern die zum jeweiligen Veranstaltungszeitpunkt geltenden aktuellen Vorgaben/Maßnahmen zur CoronaSchVO die Durchführung der geplanten Veranstaltungen zulassen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.8 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der Beihilfekasse der Stadt Köln 2020 3379/2021

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat stellt den Jahresabschluss und den Lagebericht der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2020 fest und entlastet den Kassenleiter.

Der Jahresüberschuss 2020 wird an die Stadt Köln abgeführt. Die Zahlungsabwicklung erfolgt durch Verrechnung mit künftigen Umlagezahlungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.9 Externe Unterstützung für den Aufbau eines Innovationsbüros 3616/2021

MdR Dr. Krupp teilt mit, dass die Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes bei der Arbeitskreissitzung der SPD –Fraktion noch nicht vorgelegen habe. Vieles davon sei auch der SPD –Fraktion durch den Kopf gegangen. Es gebe seit fünf Jahren eine Verwaltungsreform, in der kein Erfolg erkennbar sei. Die Stabsstelle in ein Innovationsbüro zu überführen mit 1,4 Millionen Euro an externen Beratergebühren, sei nicht nachvollziehbar. Nach fünf Jahren solle das Projekt laufen ohne weitere Beratergebühren; daher werde dies abgelehnt.

MdR Richter teilt mit, dass es nicht ungewöhnlich sei, nach Change-Projekten in einen kontinuierlichen Innovationsprozess überzugehen und dies extern begleitet zu lassen. Dabei würden Kolleginnen und Kollegen qualifiziert werden. Aus der Vorlage ergebe sich nicht, aus welchen Gründen es pro Jahr 700.000 Euro werden würden. Dazu werden mehr Informationen gewünscht; daher sei die Vorlage zurückzustellen.

MdR Görzel erkundigt sich, inwieweit die Kompetenzen des Innovationsbüros sich von anderen Stellen (innerhalb der Verwaltung) unterscheiden würden. Die Begründung sei nicht nachvollziehbar; daher bestehe der Wunsch, den Antrag zurückzustellen.

Herr Dick teilt mit, dass in der Verwaltungsreform jährlich eine Millionen Euro für externe Beratungsleistung in Anspruch genommen werden würden. Der Großteil der Beratungsleistung werde in Projekte der Verwaltung integriert, um die Services für Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Ein kleinerer Teil werde benötigt, um ein Team zu positionieren, welches als interne Beratungsgesellschaft aufgebaut werde. Dies gebe es bislang bei der Verwaltung noch nicht. Der Abschlussbericht werde am 10.05.2022 dem AVR vorgestellt, dort seien die Ergebnisse klar ersichtlich. Die Verwaltungsreform endet offiziell am 31.03.2022. Eine europaweite Ausschreibung dauere (aufgrund der Regularien) eine gewisse Zeit, sodass der nahtlose Übergang gefährdet sein würde, wenn heute kein Beschluss gefasst werde.

Nach kurzer Aussprache wird entschieden, die Vorlage zurückzustellen.

Die Vorlage wird zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.10 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB Köln): Abwassergebührensatzung 2022 3968/2021

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die Gebührenbedarfsrechnung für das Jahr 2022 (Anlage 1) zur Kenntnis und stimmt gemäß § 7 Abs. 2 der StEB-Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben – Abwassergebührensatzung – in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung (Anlage 2) zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.11 Änderung zur rückwirkenden Änderungssatzung der Straßenreinigungssatzung
3648/2021**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Änderung der Satzung zur rückwirkenden Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung - StrReinS -) vom 19. Dezember 2012 in der in der Anlage beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.12 Feststellung des Wirtschaftsplans der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2022
3380/2021**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat stellt gemäß § 15 der Satzung der Beihilfekasse der Stadt Köln in Verbindung mit § 97 Absatz 4 GO NRW den Wirtschaftsplan 2022 fest.

Gleichzeitig beschließt der Rat für das Wirtschaftsjahr 2022 die Finanzierung mit einem Umlagesatz von

7,20 % für Beihilfen Beamtinnen und Beamte

0,11 % für Pflegeversicherung Beamtinnen und Beamte

0,03 % für Beihilfen Beschäftigte

der Dienstbezüge (ohne Mehrarbeits-/Überstundenvergütung, ZVK-Umlagen, Sozialversicherung, Jahressonderzahlung)

und einem Gesamtbetrag von 27.913.600 Euro für Beihilfen an Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger.

Die Beihilfekasse wird ermächtigt, zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben Kassenkredite bis zum Höchstbetrag von 2.500.000 Euro in Anspruch zu nehmen, sofern die Stadt Köln keine Akontozahlung zur Beseitigung bestehender Liquiditätsprobleme leistet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.13 Änderung der Luftrettungssatzung der Stadt Köln
3848/2021**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt die als Anlage 2 beigefügte Gebührenbedarfsberechnung zustimmend zur Kenntnis und beschließt die Satzung der Stadt Köln über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme des Rettungshubschraubers (RTH) „Christoph 3“ und des Intensivtransporthubschraubers (ITH) „Christoph Rheinland“ (Luftrettungssatzung) in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.14 Änderung der Rettungsdienstsatzung der Stadt Köln
3849/2021**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt die als Anlage 2 beigefügte Gebührenbedarfsberechnung zustimmend zur Kenntnis und beschließt die Satzung der Stadt Köln über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme des Rettungsdienstes (Rettungsdienstsatzung) in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen